



Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag und CDU-Kreisvorsitzender, beim Redaktionsgespräch. Rechts die NECKARQUELLE-Redakteure Dr. Ralf Trautwein und Berthold Merkle. Foto: Moritz Pahlow

Schärfere Gesetze als scharfes Schwert gegen Clankriminelle

Politik Der Unionsfraktions-Vize und Wahlkreisabgeordnete Thorsten Frei will den Verfolgungsdruck auf die Organisierte Kriminalität weiter erhöhen. *Von Ralf Trautwein*

Recht und Gesetz durchzusetzen sieht Thorsten Frei (CDU) als wichtige Aufgaben der Politik. Dies betonte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion und Wahlkreisabgeordnete gestern im Redaktionsgespräch bei der NECKARQUELLE.

„Deutschland lässt sich nicht von kriminellen Clans auf der Nase herumtanzen“, postuliert Frei. Erst Ende letzter Woche hatte der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde den Fall „Miri“ debattiert – dabei ging es um eine kriminelle libanesische Großfamilie, die über 2500 Mitglieder umfasst. In den 1980er-Jahren waren die Miris als Bürgerkriegsflüchtlinge eingereist und haben seitdem zahlreiche Aktivitäten ausgebildet, die unter die Rubrik „Organisierte Kriminalität“ fallen. „Unser Rechtsstaat hat im Fall von Ibrahim Miri funktioniert“, stellt Thorsten Frei im Zusammenhang mit dem jüngst abgeschobenen Clan-Chef fest. Das ist Frei wichtig, zumal er bei der CDU/CSU an der Fraktionspitze unter anderem für Recht zuständig ist und hier maßgeblichen Einfluss auf Gesetzesinitiativen und Gesetzgebungen nehmen kann.

Schnell entledigen

Das Entscheidende im Kampf gegen Schwerstkriminelle wie Ibrahim Miri sei es, „alles zu unternehmen, dass solche Figuren gar nicht erst über Jahre eine kriminelle Organisation aufbauen

können“. Außerdem komme es darauf an, sich ihrer soweit möglich „möglichst schnell entledigen.“

Weiter Null Toleranz

Frei kündigt an: „Dafür werden wir weiter mit Null Toleranz gegen Clan-Strukturen, gegen Menschen, die unsere freiheitliche Grundordnung und unseren Rechtsstaat ablehnen oder unsere öffentliche Sicherheit gefährden, vorgehen.“ Das aktuell heiß diskutierte Phänomen krimineller Großfamilien zeige, dass man in den vergangenen Jahren das Recht nicht so habe durchsetzen können, „wie es nötig gewesen wäre.“

Das zeige auch, dass Integrationen misslungen sei. Es seien vielmehr Parallelgesellschaften entstanden. Migration nach Deutschland, erklärt Thorsten

Frei, könne immer nur zu „Integration in die Gesellschaft“ führen. Eine politische Verantwortung seiner CDU dafür, die seit vielen Jahren im Bund in der Regierungsverantwortung steht, weist er zurück. Die Qualität der Integration sei stets auch von der „Quantität der Migration“ abhängig.

„Wir werden weiter mit Null Toleranz gegen Clan-Strukturen vorgehen.“

Deshalb lässt Frei es auch nicht gelten, dass die jüngste Entwicklung der Clan-Kriminalität (siehe Infokasten unten) mit auf die CDU-Einwanderungspolitik im Laufe der Flüchtlingskrise 2015

zurückgeführt wird. Das Phänomen sei schon sehr viel älter. Dass sich kriminelle Großfamilien in Baden-Württemberg nicht haben ausbreiten können, meint er, sei im Rückblick den CDU-Innenministern zu verdanken, die in der Vergangenheit hier amtiert haben.

„Clans lehnen unseren demokratischen Rechtsstaat ab“, betont Thorsten Frei. „Sie bekämpfen ihn nicht einmal, sie negieren ihn schlichtweg.“ Das könne man nicht tolerieren, zumal der Bürger nicht den Eindruck gewinnen dürfe, Kriminellen sei hierzulande alles erlaubt, während er selbst schon für kleinere Vergehen wie zu schnelles Fahren zur Rechenschaft gezogen werde. Das Unwesen der Clans einzudämmen stehe deswegen in der Kriminalitätsbekämpfung derzeit als Teil des Ganzen im Vordergrund.

Wo Gesetzesverschärfungen notwendig sind, will Thorsten Frei in Berlin dafür eintreten. Man habe hier schon den Hebel angesetzt, betont er und unter anderem das Geldwäschegesetz „markant verändert“.

Den Druck weiter erhöhen

„Im Bund und in den Ländern haben wir in den letzten Jahren den Verfolgungsdruck erhöht. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Unser Ziel ist bei der Vermögensabschöpfung eine Verschärfung der Regelungen durch Beweislastumkehr“ – das sei allerdings schon „ein starker Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“.

Clans sind hierzulande auf dem Vormarsch

Kriminelle Banden wie Familiencrimes haben 2018 in Deutschland erheblich mehr Schäden angerichtet als im Jahr zuvor. Das sagt ein Lagebild des Bundeskriminalamts zum organisierten Verbrechen aus. Polizei und Justiz stellten demnach eine Schadenssumme von knapp 700 Millionen Euro fest. Das ist mehr als dreimal soviel wie 2017. In diesem Lagebild wird das erste Mal speziell

auf die Kriminalität von „Zuwanderern“ eingegangen. Dabei handelt es sich meist um Flüchtlinge. Bei den meisten Ermittlungen stand der Handel mit Drogen im Vordergrund, gefolgt von Eigentumsdelikten und Schleusungen. Die meisten der tatverdächtigen Zuwanderer sind Libanesen, gefolgt von Syrern und Türken. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 45 Verfahren ge-

gen kriminelle Mitglieder „ethnisch abgeschotteter Subkulturen“ geführt, wie Clans im Behördendeutsch bezeichnet werden. Als Schwerpunkte der kriminellen Großfamilien gelten das Ruhrgebiet (NRW), Bremen und Berlin. Allein in Nordrhein-Westfalen sollen Clans in den vergangenen zwei Jahren für mehr als 14 000 Straftaten verantwortlich gewesen sein.

rat